



## Ein besonderes Semester

Uni Kassel steht vor ganz neuen Herausforderungen



Uni Kassel-Präsident Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep: „Wir brauchen weiterhin Engagement und Kreativität, Geduld und Improvisation.“

Archivfoto: Fischer

Auch in diesem Oktober ist der Beginn des neuen Studienjahres für die meisten Mitglieder der Universität wieder ein Start in vielfältig Neues: neue Themen in Vorlesungen, Seminaren und Übungen, neue Gesichter bei Lehrenden, bei Studierenden, neue Aufgaben im Studium, in der Lehre, in der Forschung. Zwei Besonderheiten in diesem Jahr prägen zusätzlich den Anfang des Wintersemesters:

- Erstmals werden in Hessen allgemeine Studienbeiträge erhoben – in Höhe von 500 Euro pro Semester zuzüglich zu den bereits in der Vergangenheit falligen Beiträgen.
- Infolge des Hochschulpakts 2020 hat sich die Universität Kassel verpflichtet, zusätzlich 559 Studienanfängerinnen und Studienanfänger gegenüber 2006 aufzunehmen; das entspricht einem Mehr von 20 %.

Beiden Neuerungen stehen nach meiner Überzeugung im Kontext einer langfristigen Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs nach tertiärer Bildung sowie entsprechender Studierwilligkeit. Immer mehr junge Menschen sehen völlig zu Recht in einem Hochschulstudium den besten Bildungsweg in ihre berufliche wie persönliche Zukunft. Dabei trifft die steigende Studierneigung auf demografisch bedingt größere Jahrgangsbreiten.

Seit Jahren haben die Hochschulen auf diese Entwicklung hingewiesen und eine entsprechende Steigerung der staatlichen Finanzierung angemahnt. Das Ergebnis sind die beiden o.g. Neuerungen, die nun in diesem Semester wirksam werden.

Die Studienbeiträge – international weitgehend üblich und in vielen deutschen Bundesländern ebenfalls bereits praktiziert – ziehen die Studierenden zur Verbesserung von Studium und Lehre im Umfang von 1000 Euro pro Jahr heran. Die Universität Kassel hatte diesen Weg abgelehnt und stattdessen eine Aufstockung der staatlichen Zuschüsse gefordert. Erst im Juli dieses Jahres bekräftigte der Senat seine entsprechende Auffassung. Jetzt, nachdem die Beiträge bezahlt werden müssen, ist es eine bedeutende Aufgabe für uns alle, für einen optimalen Einsatz zu sorgen. Für diese neue Aufgabe ist der differenzierte Sachverstand vieler Mitglieder der Universität erforderlich – seitens der Lehrenden ebenso wie seitens der Studierenden und der Administration. Hier kann sich unsere Fähigkeit zur kreativen und verantwortungsbewussten Kooperation beweisen.

In diesem Sinne hat das Präsidium bereits Anfang des Jahres ein umfassendes Konzept vorgeschlagen, das nach breiter Diskussion in zentralen Gremien und in den Fachbereichen sowie in den zentralen Einrichtungen ergänzt und konkretisiert wurde. Allen, die sich an diesem

Prozess im vergangenen Sommersemester zum Teil auch mit erheblichem Zeitaufwand beteiligt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Viele Fragen für ein zielorientierten Einsatz der Studienbeiträge zur Verbesserung von Studium und Lehre konnten dabei bereits gelöst werden – viele Fragen liegen aber auch noch vor uns, z.B.: Können genügend qualifizierte Tutorinnen und Tutoren gefunden werden, gelingt eine rechtzeitige Beschaffung zusätzlicher Räume, sind die Installationen in den Hörsälen und Labors rechtzeitig fertig? Diese Themen werden uns zu Beginn des Wintersemesters beschäftigen und uns weiterhin Engagement und Kreativität, Geduld und Improvisation abverlangen.

### Keine leichte Entscheidung

Weniger spektakulär als die Studienbeiträge wurde der Hochschulpakt 2020 realisiert. Er zielt direkt auf eine Erweiterung der Aufnahmekapazitäten und bietet dafür eine bescheidene Aufstockung des Budgets. Die Hochschulen haben von Anfang an darauf aufmerksam gemacht, dass die angebotenen Mittel für eine qualifizierte Kapazitätserweiterung nicht ausreichen: zum einen, weil die etwa in Hessen zur Verfügung gestellten 4200 Euro pro zusätzlichem Studienanfänger bzw. zusätzlicher Studienanfängerin bei Weitem nicht die durchschnittlichen Kosten für einen Studienplatz entsprechen und zum anderen, weil als Basis für die Berechnung der neuen zusätzlich bezahlten Studienplätze das Jahr 2005 gesetzt wurde, in dem bundesweit viele Hochschulen über ihre Kapazität hinaus Studierende aufgenommen hatten und angesichts der daraus resultierenden Probleme im Jahr 2006 in breitem Umfang zusätzliche Zulassungsbeschränkungen eingeführt wurden.

Es war vor diesem Hintergrund für die Universität Kassel keine leichte Entscheidung, sich in einer speziellen Zielvereinbarung zur Aufnahme von über 500 zusätzlichen Studienanfängern zu verpflichten. Die beteiligten Fachbereiche, deren Zulassungszahlen erhöht wurden, haben hier nur unter Zurückstellung erheblicher Bedenken eingewilligt, obwohl ihnen aus den zusätzlichen Mitteln neue Stellen zugesagt werden konnten. Letztlich war die Verantwortung der Universität gegenüber der Region ausschlaggebend – verbunden mit der Erwartung, auf anderem Wege zusätzliche Ressourcen für die notwendige Kapazitätserweiterung zu erreichen. Wir werden also weiterhin konsequent darauf aufmerksam machen müssen, dass die nordhessische Universität ihren Bildungsauftrag nur erfüllen kann, wenn sie hierfür auch angemessen ausgestattet wird und dass dabei Benachteiligungen nicht in Kauf genommen werden können.

Rolf-Dieter Postlep

## Ein Denkmal für Sophie Henschel



Den vielfältigen Spuren von Frauen in Kassel geht das Projekt „Cassalla – ein Ariadnepad durch die Kasseler Frauengeschichte“ nach. Die Stiftung Archiv der deutschen Frauenbewegung lädt dazu Kasseler Künstlerinnen ein, die frauengeschichtlichen Spuren ins Gedächtnis der Stadt wieder einzuschreiben und sie im Stadtbild dauerhaft sichtbar zu machen. Die Künstlerin Hildegard Jaekel hat sich auf die Spuren

einer der interessantesten Kasseler Persönlichkeiten des 19. Jahrhunderts begeben: der Unternehmerin Sophie Henschel (1841–1915). Sie leitete für einige Jahre das Traditionsunternehmen Henschel, engagierte sich in vielen Frauenvereinen in- und außerhalb Kassels und trat als Mäzenin und Stifterin auf. Hildegard Jaekels Skulptur wurde am 26. September vor dem Sophie-Henschel-Haus enthüllt. Foto: Fischer

## Studienbeiträge in Hessen

Udo Corts: „Ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Studienstandortes“

Wer zur Kasse bittet, macht sich damit in der Regel keine Freunde. Der Hessischen Landesregierung war daher sehr wohl bewusst, dass sie bei Studierenden und auch Eltern als Betroffenen zunächst wenig Zustimmung finden würde, als sie das Studienbeitragsgesetz im vorigen Jahr auf den Weg gebracht hat. Die Proteste im vergangenen Sommer trafen die Landesregierung daher nicht unerwartet.

Es war jedoch selbstverständlich, dass die Landesregierung in einen intensiven Diskussionsprozess mit allen Beteiligten eingetreten ist, um sinnvolle Verbesserungen an dem von ihr vorgelegten Gesetzentwurf vorzunehmen. Eben so selbstverständlich ist aber auch, dass sie das Vorhaben nicht aufgegeben hat und aufgeben wird, da sie von der sachlichen Notwendigkeit und auch von der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes überzeugt ist.

Warum? Die meisten Nachbarbundesländer Hessens erheben bereits Studienbeiträge. Es wäre daher mit Blick auf die akademische Ausbildungsqualität geradezu unverantwortlich gewesen, nicht zu handeln. Denn bei Nichterhebung entsprechender Beiträge hätte sich die Studiensituation an einigen Hochschulen und Studiengängen durch einen Zustrom an Studierenden unbefriedigend entwickelt.

Erstmals müssen Studierende somit im anstehenden Wintersemester 2007/08 einen Beitrag von 500 Euro pro Semester zahlen.

Die Landesregierung hat sehr

bewusst und sehr genau darauf geachtet, dass die Aufnahme eines Studiums unter dieser Vorgabe ohne zusätzliche finanzielle Belastungen während des Studiums möglich bleibt und nicht von der wirtschaftlichen Lage des Bewerbers oder der Eltern abhängt. Dies ist im Übrigen auch die entscheidende (landes)verfassungsrechtliche Voraussetzung für den Bestand des Gesetzes.

Bitte bedenken Sie: Bei dem Beitrag, den Sie leisten, handelt es sich stets um eine anteilige Mitfinanzierung der Gesamtkosten eines Studiums, die tatsächlich erheblich höher sind. Sie betragen für einen Studienplatz in der Medizin über 150.000 Euro. Diese Kosten wurden bislang ausschließlich aus Steuermitteln finanziert. In vielen nichtakademischen Ausbildungsberufen sind dagegen längst Entgelte zu entrichten. So müssen beispielsweise im Handwerk für die Qualifizierung zum Meister in der Regel fünfstellige Beträge aufgewendet werden. Studienbeiträge sind somit auch Beiträge zur sozialen Gerechtigkeit.

Mit knapp 1,2 Milliarden Euro jährlich hat der Betrag, den das Land an seine Hochschulen zahlt, eine bislang nicht gekannte Höhe erreicht. Ab dem kommenden Jahr wird das Land im Rahmen des Hochschulbauprogramms HEUREKA bis 2020 jährlich 250 Millionen Euro investieren.

Es ist daher angemessen, dass diejenigen, die vor allem von diesen Investitionen profitieren – nämlich

Sie, die Studierenden – ebenfalls einen moderaten Beitrag leisten. Um so mehr, als dieses Geld bestens angelegt ist und Ihnen unmittelbar und spürbar zu Gute kommt: Die Hochschulen sind gesetzlich verpflichtet, es zu nachhaltigen qualitativen Verbesserungen in Studium und Lehre einzusetzen – und zwar zusätzlich zu dem durch den Hochschulpakt 2010 festgeschriebenen Beitrag des Landes.

Ein Weiteres kommt hinzu: Sie als Studierende stärken ihre Position gegenüber den Hochschulen. Wer etwas bezahlt, darf eine angemessene (Gegen)Leistung dafür verlangen. Die Einführung von Studienbeiträgen wird somit das Verhältnis zwischen Studierenden und Hochschulen buchstäblich ‚berechenbarer‘ und damit für beide Seiten verlässlicher gestalten. Es liegt an Ihnen, der Leitung Ihrer Hochschule konkrete Anregungen und Forderungen zu unterbreiten und gezielt Einfluss auf die Qualität Ihres Studiums zu nehmen.

Der Studienbeitrag ist fair, er ist für Sie als Studierende finanzierbar und er ist sozial ausgewogen.

Die Landesregierung hat keinen Zweifel daran, dass er dazu beitragen wird, das angestrebte Ziel einer Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität des Studiums rasch und nachhaltig zu erreichen.

Udo Corts

Der Vollständige Text auf der Seite [cms.uni-kassel.de/index.php?id=780](http://cms.uni-kassel.de/index.php?id=780)  
Detaillierte Informationen:  
[www.studienbeitraege.hessen.de](http://www.studienbeitraege.hessen.de)



In einem Gastbeitrag für publik erläutert der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, Udo Corts, noch einmal die Gründe der hessischen Landesregierung für die Einführung der Studienbeiträge.

Foto: HMWK

## Eine Lobby in Brüssel

Tim Scholze bietet Unterstützung für EU-Projekte

Bürokratie und Europäische Union gehören zu den Begriffspaaren, die unzertrennlich mit einander verknüpft zu sein scheinen. Die Mitteilung, dass die EU auch zu den wichtigsten Forschungsförderern zählt, taucht dagegen seltener in den Zeitungsspalten auf. Für die Forscher/innen stellt sich allerdings das Problem, dass Forschungsförderung in der Regel auch einen „bürokratischen“ Entwicklungs- und Administrationsaufwand bedeutet.

An dieser Stelle setzt die Arbeit von Tim Scholze, EU-Referent der Universität Kassel, an.

Mehrere hundert Förderthemen – sogenannte „Calls“ – stehen allein in dem über 50 Mrd. Euro umfassen-

den 7. Forschungsrahmenprogramm sowie in vielen anderen Programmlinien der EU zum Abruf bereit. Das in den umfangreichen Datenbanken der europäischen Kommission gespeicherte Angebot muss der EU-Referent auf seine Relevanz für die Universität Kassel prüfen und es den Forschern der Universität nahe bringen. Seine Aufgabe sieht Scholze zunächst einmal darin, „die EU-Programme mit den Projektideen vor Ort zusammenzubringen – oder umgekehrt“.

Tim Scholze arbeitet seit Februar dieses Jahres an der Universität Kassel im Spezialgebiet „EU-Förderung“ eng mit den Kollegen der Finanzabteilung zusammen und findet im

Forschungsreferat wichtige Kooperationspartner.

Die konkreten inhaltlichen Ideen und Impulse kommen selbstverständlich aus den Fachgebieten – im Rahmen von konkreten Einzelberatungen können diese gemeinsam mit dem EU-Referat mit aktuellen Förderprogrammen und Ausschreibungen verknüpft werden.

Anträge mit einem Volumen von mehreren Millionen Euro verlangen nicht nur wissenschaftliche Exzellenz und sorgfältige Formulierungen, um Erfolgchancen zu haben, sondern sollten auch ein professionelles Management erkennen lassen. Besonders bei der Kalkulation der Finanzen sieht Scholze Beratungsbedarf, damit die zur Verfügung stehenden Mittel auch voll ausgeschöpft werden können: „Die bisherigen Beratungen haben gezeigt, dass unter den neuen

Förderbedingungen gerade in den Antragskalkulationen zusätzliche finanzielle Spielräume für die Fachgebiete geschaffen werden können.“

Auf allgemeine Beratungen im Rahmen von mehr als 20 EU-Projektanträgen, in denen die Uni Kassel Partnerin ist, sowie auf die Mitarbeit bei der Entwicklung von zwei Koordinationsprojekten im Bereich von Projektmanagement und Finanzierung – je eins im Fachbereich Maschinenbau und im Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften – kann er seit Februar bereits zurückblicken.

Der 45-jährige Agrarwissenschaftler und Pädagoge, der über 10 Jahre Erfahrung in der Entwicklung, Durchführung und Koordination von EU-Projekten im Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbe- reich gesammelt hat, betont: „Kassel

braucht ebenfalls gute Verbindungen nach Brüssel“. Durchaus möglich und gewünscht sei seitens der Kommission eine Mitgestaltung bereits in der Phase der Formulierung von Förderthemen, um diese in Einklang mit lokalen Vorhaben zu bringen. Hierzu soll das EU-Referat als Vermittlungsstelle fungieren. Weiterhin werden regelmäßig Experten von Koordinierungsstellen und der EU-Kommission aus Brüssel nach Kassel eingeladen.

Das EU-Referat soll neben administrativen Hilfestellungen für erfahrene Projektleiter aber gerade auch diejenigen Fachgebiete beraten und in der Projektentwicklung unterstützen, die erstmals an europäische Projekte herangehen.

Kontakt: Tim Scholze, Telefon 804-2240, [tscholze@uni-kassel.de](mailto:tscholze@uni-kassel.de)



EU-Referent Tim Scholze: „Zusätzliche finanzielle Spielräume für Fachgebiete schaffen!“

Foto: Machill